Gabriele Schmidt
Mitglied des Bundestages

„Schmidts Berliner Brief“ 12/14

I. Haushaltswoche in Berlin

1. Bundeshaushalt 2014 – rund 296,5 Milliarden Euro

Am 5. Juni hat der Haushaltsausschuss den Entwurf des Bundeshaushalts 2014 in der sog. Bereinigungssitzung abschließend beraten. Die Neuverschuldung in diesem Jahr haben wir trotz schwieriger Umstände auf die im Regierungsentwurf geplanten 6,5 Milliarden Euro begrenzt – **den niedrigsten Wert seit 40 Jahren!** Die nach der verfassungsrechtlichen Schuldenregel maximal zulässige Nettoneuverschuldung von gut 34 Milliarden Euro wird damit um fast 28 Milliarden Euro unterschritten.

Einzelplan 11: Arbeit und Soziales. Bleibt der größte Etat. Trotz Absenkung um 366,1 Millionen auf insgesamt 121,979 Milliarden Euro wurden u.a. folgende Änderungen aufgenommen:

- Für das **Bundesprogramm MobiPro-EU** wurden die Mittel um 27,1 Millionen Euro erhöht und die Verpflichtungsermächtigungen für die kommenden Jahre deutlich um fast 115 Millionen Euro aufgestockt.
- Für das **Förderprogramm „Altersgerecht Umbauen“** wurden Programmmittel in Höhe von 54 Millionen Euro im Haushalt eingestellt.
- Weiter werden für den **Bundesfreiwilligendienst** 20 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt.

Liebe Leserinnen und Leser,

herzlich willkommen zur aktuellen Ausgabe!

Laut war es diese Woche im Deutschen Bundestag. Im Wesentlichen lag das an den vielen namentlichen Abstimmungen zu den einzelnen Etats der Ministerien. Die vorletzte Sitzungswoche vor der Sommerpause stand ganz im Zeichen des Haushalts. Nicht weniger wichtig war die Abstimmung über die Reform des EEG.

Der Entwurf des Gesetzes zur Tarifautonomiestärkung bedarf nach unserer Meinung mehrerer Korrekturen, die wir Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) u.a. in der Sitzung der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales vorgetragen haben. Der Entwurf wird derzeit vom Ministerium überarbeitet und soll nächste Sitzungswoche vorgelegt werden.
Zwei weitere wichtige Gespräche fanden diese Woche statt. Abteilungsleiter Luftfahrt Gerold Reichle stand uns im Verkehrsministerium zur geplanten Änderung der 220. DVO Rede und Antwort. S.E. Tim Guldimann empfing die Deutsch-Schweizerische Parlamentariergruppe in der Botschaft zu Gesprächen über das Deutsch-Schweizerische Verhältnis vor dem Hintergrund des jüngsten Referendums.

Ganz besonders gefreut habe ich mich über den Besuch der Schulklasse des Marie-Curie-Gymnasiums aus Kirchzarten (s. 4). Heute hatte die Schülerin Farida Hamouda aus Ägypten ihren letzten Praktikumstag. Ihren Bericht finden Sie auf S. 5.

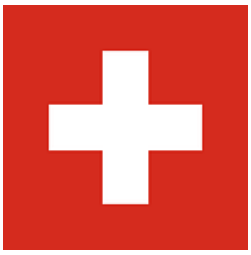
Herzliche Grüße
Ihre

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 0 30 2 27 / 74899
Fax 0 30 2 27 / 76899

gabriele.schmidt@bundestag.de
www.gabriele-schmidt.eu

Hauptstr. 18
79761 Waldshut-Tiengen
Tel. 0 7741 / 8352605
Fax 0 7741 / 8352631

2. Frühstück der Deutsch-Schweizerischen Parlamentariergruppe mit S.E. Tim Guldimann



Beim Arbeitsfrühstück in der Schweizerischen Botschaft diese Woche drehte sich alles um das Thema „Grenzgänger“. Dabei machte der Botschafter deutlich, dass die Schweizer Wirtschaft ganz stark von den deutschen Grenzgängern profitiere. Eine Neuerung könnte es allerdings geben. Es ist geplant, die Organisation bzw. die Abwicklung von Grenzgängerfragen in die Zuständigkeit der Kantone zu übergeben.

Bereits in der Ausgabe 5/14 des Berliner Briefes habe ich Sie über die möglichen Folgen der schweizerischen Volksinitiative „Gegen Masseneinwanderung“ für die Wirtschaftsbeziehungen EU-Schweiz ausführlich informiert. Für unsere Region ist aber vor allem die Frage nach den Auswirkungen für die Grenzgänger von Bedeutung. Der Schweizerische Bundesrat muss das Referendum innerhalb von drei Jahren umsetzen. Die Umsetzung beinhaltet die Verpflichtung, das Gesetzgebungsverfahren zu Durchführungsgesetzen in die Wege zu leiten, die den Zuzug von Ausländern, **mithin auch von Grenzgängern, durch jährliche Kontingente beschränken sollen**. Für die Frage der möglichen Auswirkungen des Referendums auf die Grenzgänger sind die Regelungen des Freizügigkeitsabkommens maßgebend. Das Abkommen sieht die Freizügigkeit im Personenverkehr zwischen Schweiz und EU vor. **Gemäß Art. 10 VII Freizügigkeitsabkommens unterliegen Grenzgänger keiner zahlenmäßigen Beschränkung. Das Referendum hat dazu geführt, dass das Freizügigkeitsabkommen nicht länger mit den neuen Verfassungsbestimmungen vereinbar ist.** Das Abkommen bleibt aber dennoch in Kraft, bis es eine neue Rechtslage gibt. Sollte das Abkommen über die Personenfreizügigkeit tatsächlich aufgekündigt werden, würden damit automatisch sechs weitere Abkommen unwirksam (sog. Guillotine-Klausel, vgl. Ausgabe 5/14). Konkret bedeutet das, dass die Schweiz die drei Jahre nutzen muss, um eine Lösung zu finden, deren Inhalt zum jetzigen Zeitpunkt offen ist.

3. Gespräch mit Abteilungsleiter Luftfahrt Gerold Reichle im Bundesverkehrsministerium

Die Pläne des Schweizer Bundesamts für Zivilluftfahrt (BAZL), das satellitengestützte Anflugverfahren Global Base Augmentation Systems (GBAS) am Flughafen Zürich einzuführen, haben Thomas Dörflinger, Andreas Jung, Thorsten Frei und ich zum Anlass genommen, unsere Sorge einer Änderung der 220. Durchführungsverordnung zu Lasten der süddeutschen Grenzregion im Verkehrsministerium vorzutragen. Das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung (BAF) argumentiert gegenwärtig damit, dass das Anflugverfahren GBAS lediglich eine Ergänzung zum bisherigen Instrumentenlandesystem (ILS) darstelle und sich somit keine Änderung für Deutschland ergäbe. Gerold Reichle sicherte uns ausdrücklich zu, dass die Genehmigung des GBAS-Verfahrens und damit die Änderung der DVO nicht zu mehr Fluglärm führen werde. Weder neue Flugrouten noch mehr Flugbewegungen durch verkürzte Landeintervalle seien dadurch möglich. Die Genehmigung stehe auch in keinen Zusammenhang mit dem „gekröpften Nordanflug“. Trotzdem konnten die Zweifel nicht ausgeräumt werden. Wir werden das weitere Vorgehen und das Ergebnis sogfältig prüfen müssen. Es darf nicht passieren, dass im Zuge der Systemerweiterung die DVO in weiteren Punkten durch Tricks zu Lasten unserer Region geändert wird!

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 0 30 2 27 / 74899
Fax 0 30 2 27 / 76899

gabriele.schmidt@bundestag.de
www.gabriele-schmidt.eu

Hauptstr. 18
79761 Waldshut-Tiengen
Tel. 0 7741 / 8352605
Fax 0 7741 / 8352631

II. Die Woche im Parlament

Neben dem Haushalt standen weitere Beratungen und Abstimmungen auf der Tagesordnung.

Gesetz zur grundlegenden Reform des EEG und zur Änderung weiterer Bestimmungen des Energiewirtschaftsrechts. Auch wenn die Novelle stark umstritten bleibt und mich viele Schreiben und Anliegen aus dem Wahlkreis zu diesem Thema erreicht haben, so ist das 300 Blatt starke Gesetz trotzdem ein erster Schritt in dieser Legislaturperiode zur erfolgreichen Fortführung der von der unionsgeführten Koalition vor drei Jahren gestarteten Energiewende. In den letzten Wochen haben intensive Verhandlungen mit dem Koalitionspartner von der SPD stattgefunden. Dabei sind von unserer Fraktion eine Reihe wichtiger Änderungen durchgesetzt worden, etwa beim Bestands- und Vertrauensschutz. Eine Reihe wichtiger Punkte konnten dennoch in diesem Gesetzesvorhaben noch nicht abschließend geregelt werden, etwa die Ausgestaltung der Ausschreibungsverfahren oder die Frage, wie zukünftig ausreichende konventionelle Kraftwerkskapazitäten bereit gestellt werden sollen. Diese Themen werden wir in den folgenden Monaten noch intensiv beraten.

In meinem nächsten Brief werde ich über die wichtigsten Änderungen ausführlich informieren.

III. Sonstiges

1. Lebensretter – Bergwacht Wutach und DRK-Ortsverein Grafenhausen in Berlin!

(Bild: Bundespresseamt)

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 0 30 2 27 / 74899
Fax 0 30 2 27 / 76899

gabriele.schmidt@bundestag.de
www.gabriele-schmidt.eu

Hauptstr. 18
79761 Waldshut-Tiengen
Tel. 0 7741 / 8352605
Fax 0 7741 / 8352631

Mitglieder der Ortsgruppe Wutach der Bergwacht Schwarzwald und des DRK-Ortsvereins Grafenhausen erlebten vier unvergessliche Tage in der Hauptstadt. Das Gespräch im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend nutzte die Gruppe, um über die Herausforderungen des Ehrenamts zu diskutieren und insbesondere auf die Situation der Bergwacht und des Deutschen Roten Kreuzes ins Gespräch zu kommen. Beide leisten vor Ort unschätzbare Arbeit, die den Helferinnen und Helfern viel abverlangt. Rund 1500 Einsätze im Jahr werden allein durch die Bergwacht durchgeführt. Das Engagement, insbesondere der jungen Generation, sorgt dafür, dass es auch in Zukunft Menschen geben wird, die bereit sind, in der Not zu helfen. Der Vorsitzende der Ortsgruppe Wutach Lothar Schmidt und der Vorsitzende des Ortsvereins Grafenhausen Eberhard Hummel waren sich einig, dass für die Stärkung des Ehrenamts von Seiten der Politik mehr getan werden müsse. Beide kritisierten die fehlende Arbeitsausfallentschädigung wie sie beispielsweise bei der Freiwilligen Feuerwehr gewährt wird. Die Ungleichbehandlung ist auch Sicht der Ehrenamtlichen nicht nachvollziehbar. Der Abteilungsleiter Engagementpolitik im Familienministerium und ehemaliger Regierungssprecher Dr. Christoph Steegmans versprach den Anwesenden, eine detaillierte Antwort auf die gestellten Fragen auszuarbeiten und der Problematik auf den Grund zu gehen.

Der Spaß ist aber auf der Reise auch nicht zu kurz gekommen. Auf dem vollgepackten Programm standen u.a. eine Rundfahrt auf einem Schiff, Mittagessen im Berliner Fernsehturm und eine Führung im Bundeskanzleramt. Den krönenden Abschluss bildete der Besuch des Rotkreuz-Museums in Berlin, bevor es dann mit dem Zug zurück in die Heimat ging.

2. Schülerinnen und Schüler des Marie-Curie-Gymnasiums Kirchzarten im Bundestag

Diese Woche besuchte mich der Gemeinschaftskundekurs des Marie-Curie Gymnasiums im Deutschen Bundestag. Die Schülerinnen und Schüler der 11. Klasse zeigten sich besonders am Thema „Pflege“, darunter „Ausbildung in der Pflege“ interessiert.
Nach dem Gespräch durfte die Schulklasse auf der Besuchertribüne Platz nehmen und die Haushaltsdebatte hautnah miterleben. Beim interaktiven Rollenspiel „Plenarsitzung“ in der Parlamentsausstellung „Wege, Irrwege, Umwege“ im Deutschen Dom am Gendarmenmarkt schlüpften die Schülerinnen und Schüler dann selber in die Rolle von Bundestagsabgeordneten. Auf dem Programm stand außerdem ein Besuch im Bundesverteidigungsministerium. Dabei konnte die Klasse Fragen zur deutschen Haltung in der aktuellen Ukraine-Krise stellen.

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 0 30 2 27 / 74899
Fax 0 30 2 27 / 76899

gabriele.schmidt@bundestag.de
www.gabriele-schmidt.eu

Hauptstr. 18
79761 Waldshut-Tiengen
Tel. 0 7741 / 8352605
Fax 0 7741 / 8352631

3. Praktikum im Berliner Büro

Die 17-jährige Farida Hamouda aus Alexandria, Ägypten, absolvierte die letzten vier Wochen in meinem Berliner Büro ein Praktikum. Dabei erwies sich die Schülerin als eine sprachbegabte und interessierte junge Frau, die sich sehr schnell mit dem Arbeitsablauf im Abgeordnetenbüro vertraut machte. Hier der Bericht der Schülerin zum Nachlesen:

„Mein Name ist Farida Hamouda, ich komme aus Alexandria, Ägypten. Seit dem Kindergarten besuche ich dort eine deutsche Schule. In meiner Schule muss man 100 Tage Praktikum absolvieren, um in die 12. Klasse versetzt zu werden. Die letzten vier Wochen habe ich ein Praktikum im Deutschen Bundestag, im Abgeordnetenbüro von Gabriele Schmidt absolviert. Drei Mitschülerinnen meiner Klasse machten auch ein Praktikum im Deutschen Bundestag. Zwei arbeiteten in der Verwaltung und eine absolvierte ihr Praktikum auch in einem Abgeordnetenbüro, das von Thomas Dörflinger.

Während meines Praktikums durfte ich viel Interessantes miterleben. Während der beiden Sitzungswochen haben meine Mitschülerinnen und ich viele inspirierende Gespräche mit Abgeordneten aus allen Fraktionen geführt und durften während Parlamentssitzungen im Plenarsaal dabei sein. Da Frau Schmidt im Ausschuss Arbeit und Soziales Mitglied ist, habe ich an Ausschusssitzungen sowie Arbeitsgruppensitzungen teilgenommen. Frau Schmidt empfing während meiner Praktikumszeit Besuchergruppen aus ihrem Wahlkreis. Bei der einen Gruppe handelte es sich um eine Schulklasse. Die Schülerinnen und Schüler hatten viele Fragen zum Abgeordnetenalltag von Frau Schmidt sowie Fragen zur Wind- und Solarenergie in Deutschland. Ich durfte außerdem die BPA-Gruppe auf ihrem Politikprogramm in Berlin begleiten und dadurch viele interessante Veranstaltungen mitnehmen. In sitzungsfreien Wochen habe ich am Praktikantenprogramm teilgenommen. Das Programm beinhaltete u.a. Vorträge über das Parlament im Plenarsaal, Führungen in verschiedenen Ministerien wie Finanzministerium, Verteidigungsministerium, Ministerium für Wirtschaft und Energie sowie Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Ich habe selbständig Recherchen zu aktuellen politischen Zusammenhängen durchgeführt und Berichte erstellt. Die Aufgaben waren sehr lehrreich und interessant.

Insgesamt habe ich das Praktikum im Bundestag als sehr positiv empfunden. Es war mir eine Freude, ein Praktikum im Abgeordnetenbüro von Frau Schmidt zu absolvieren. Meine Praktikumszeit war eine wertvolle Erfahrung, durch die ich einen sehr guten Einblick in den Deutschen Bundestag erhalten habe. Das Praktikum hat mich dazu motiviert, mich mehr für die Politik in meinem Heimatland Ägypten zu interessieren.

Ich bedanke mich bei Frau Schmidt und ihren Mitarbeiterinnen für das tolle Praktikum.“

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 0 30 2 27 / 74899
Fax 0 30 2 27 / 76899

gabriele.schmidt@bundestag.de
www.gabriele-schmidt.eu

Hauptstr. 18
79761 Waldshut-Tiengen
Tel. 0 7741 / 8352605
Fax 0 7741 / 8352631

4. Annette Schavan – Abschied aus dem Bundestag

(Bild: Michael Donth MdB)

Im großen Kreis nahm die ehemalige Bildungsministerin Abschied aus dem Deutschen Bundestag. Ihr neues Amt als deutsche Botschafterin im Vatikan tritt sie am 1. Juli an. Neben Parteifreunden und politischen Weggefährten waren einige Wissenschaftler anwesend, die die Arbeit und ihren Einsatz für die Wissenschaft gelobt haben. In ihrer Abschiedsrede bedankte sich Annette Schavan für die Jahre der Zusammenarbeit und das Vertrauen. Sie freue sich auf die neue Aufgabe. Günther Oettinger ist extra aus Brüssel angereist, um sich persönlich zu verabschieden. Die Bundeskanzlerin hielt ein Grußwort.

IV. Aktuelle Termine/Hinweise

Bürgersprechstunde

Wahlkreisbüro

Gabriele Schmidt

Mitglied des Deutschen Bundestages

Ich lade alle interessierten Bürgerinnen und Bürger zu meiner nächsten Bürgersprechstunde am

Dienstag, dem 29. Juli, ab 17.00 Uhr, in die Hauptstraße 18, Waldshut-Tiengen, ein.

Sie können mich außerdem unter der Tel.:

+ 49 – (0)7741 – 835 26 05 erreichen.

Ich freue mich auf viele interessante Begegnungen und Gespräche!

Hier finden Sie die nächsten Termine: **Bürgersprechstunde**

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 0 30 2 27 / 74899
Fax 0 30 2 27 / 76899

gabriele.schmidt@bundestag.de
www.gabriele-schmidt.eu

Hauptstr. 18
79761 Waldshut-Tiengen
Tel. 0 7741 / 8352605
Fax 0 7741 / 8352631